

Viele Menschen haben Existenzangst

Zu: „Kippt die Gasumlage?“ und „Uniper wird Staatskonzern“, FR-Wirtschaft vom 21. und 22. September

Der Krieg und seine Folgen betreffen uns alle

Anstatt einer Gasumlage für Gaskunden stelle ich mir einen Energiesoli entsprechend der Steuerlast vor. Die Energiekrise betrifft ja auch die Strompreise, und die Gaskunden alleine sollten nicht die „Dummen“ sein. Das wäre ungerecht. Der Krieg mit seinen Folgen betrifft alle.

Die Finanzämter könnten den Energiesoli einziehen und in einen gesonderten Pool abführen. Aus diesem Pool wiederum könnten nachweislich in Not geratene Energielieferanten Stützung bekommen, ebenso ärmere Bürger, die die hohen Preise nicht bezahlen können. Der Pool könnte durch Abschöpfung einer Übergewinnsteuer vergrößert werden. Ist die Notlage beendet, könnte ihre Mehrbelastung der Bürger bei der Steuerrückerstattung ausgleichen. Verstaatlichte Energieunternehmen könnten Volksaktien ausgeben und so einen Teil der Belastungen zurückführen. Firmen, die Übergewinnsteuer bezahlen mussten, könnten eine Rückerstattung beanspruchen, wenn sie diese nachweislich in erneuerbare Energien investieren.

Rosemarie Pfeiffer, Gelnhausen

Nach Abzug aller Kosten bleibt nicht viel übrig

Otto-Normalverbraucher fallen durch das Raster. Ich bin Jahrgang 1942 und haben von 14 Jahren an gearbeitet, nur leider zu wenig verdient. Ich war und bin immer politisch interessiert. Es gibt noch viele andere Probleme, richtig. Aber unsere Kosten steigen auch! Ich erlaube mir den Luxus, eine Zeitung zu beziehen, ich will die

Zeitung lesen, ich brauche was Handfestes zum Anfassen. Meine Nettorente beträgt 781,33, dazu kommt eine Rente von 600 Euro von meinem verstorbenen Mann. Die Miete beträgt mit Heizung 756,72 Euro. Wenn ich die festen Kosten hinzurechne, bleibt nicht viel übrig. Und die Mieten und die Strom- und Heizkosten steigen.

Ich will mit meiner Nachbarschaft noch einen Kaffee trinken, quatschen, lachen und über die Welt diskutieren. Theater, Museen, Kino? Klamotten werden weiter getragen. Ich will nicht nach Posemuckel ziehen! Mit 80 Jahren findet man keine neuen Kontakte. Dann ist Feierabend!

Inge Jackson, Frankfurt

Auf diese Weise generiert man Inflation

Der Teufel steckt in den Details. Stichwort Gasumlage. Am 1. Oktober beginnt für viele Bürger, Kleinbetriebe, Selbständige eine lange Verunsicherungsphase – und bei weit mehr Menschen als gedacht auch begründet Existenzangst. Wegen der Gasumlage erhielt ich von „meinen“ Stadtwerken einen Infobrief. Zum 1. Oktober werden neu eingeführt bzw. neu beziffert: eine Gasbeschaffungsumlage von 2,879 Cent; eine Gasspeicherumlage von 0,07 Cent; die Bilanzierungsumlage (bisher: 0,0 Cent) von 0,67 Cent. Alle drei pro kWh, also 3,63 Cent auf den angehobenen Gaspreis von 9,66 Cent, mithin diesen um 37,58 Prozent verteuern. So generiert man Inflation!

Begründung für die Speicherumlage: Paragraph 35e Energiewirtschaftsgesetz. Die Umlage geht an „Trading Hub Europe“ für die Organisation der Speicherfü-

lung. Dafür zahlt der Bund 15 Mrd. Euro an THE. Warum noch eine Verbraucherumlage? Stadtwerke sind meist als AG verfasst, also per se zur Bilanzierung und Bilanzveröffentlichung verpflichtet. Weshalb eine an den Gasverbrauch gekoppelte Umlage?

Angesichts solcher Aufschläge auf den Gaspreis kann das nur als Zumutung empfunden werden – Solidarität und Sanktionen hin oder her. Es wird wohl tatsächlich einen „heißen Herbst“ geben. Damit hätte Wladimir Putin eines seiner Etappenziele auf dem Weg zur neuen „russischen Welt“ und der Zerrüttung westlicher Demokratien erreicht. Klimaschutz oder Erderwärmung sind ihm ziemlich egal. Das Abfackeln von Gas bringt ihm à la longue ein eisfreies Nordmeer voller Bodenschätze.

Während die Sanktionen Russland bisher nicht an den Rand wirtschaftlicher Krise gebracht zu haben scheinen, wirken sie sich in der EU zunehmend nachteilig aus. Es stellt sich für die Zukunft die Frage: Woher all die Geldmittel nehmen, die für die Unterstützung der Ukraine und die Abfederungsmaßnahmen im Inland gebraucht werden?

You'll never walk alone – damit signalisiert unsere Regierung, dass wir es schaffen können. Aber es könnten Entwicklungen eintreten, bei denen sich die Regierenden wünschen könnten, alone zu walken. Die Opposition, allen voran CDU/CSU, hat das noch nicht begriffen. Sonst zeigte sie mehr konstruktives Verhalten.

Heidemargreth Spielbrink-Ulath, Grundhof

Diskussion: frblog.de/heisserherbst



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20220926

Der Damm bricht

Europa schottet sich ab: „Angriff auf das Asylrecht“, FR-Titel vom 21.9.

Als Sozialdemokrat und Amnesty-International-Mitglied stimme ich sowohl der EU-Abgeordneten Birgit Sippel als auch dem Vorstandsmitglied von AfD Deutschland Wolfgang Grenz zu, wenn sie die Pläne der EU-Kommission für einen Verordnungs-vorschlag gegen die weitere Abschottung Europas wegen befürchteter „hybrider“ Angriffe Geflüchteter ablehnen. Es ist in der Tat gefährlich und überflüssig, wenn sich die Sozialdemokratie ähnlich wie bei der faktischen Abschaffung des Asylrechts im Jahr 1993 an den unmenschlichen Maßnahmen beteiligt, die bereits damals umstritten waren und die SPD einschließlich meiner Person um viele Mitglieder gebracht haben.

Ich werde diesmal die SPD nicht verlassen, in die ich inzwischen wieder eingetreten war, aber ich hoffe inständig, dass der brechende Damm der Humanität in Europa nicht noch weitere Kreise zieht und wieder Menschenleben und viel Leid fordert. Gerade die Bundesrepublik ist gefordert, wie Wolfgang Grenz richtig meint, eine stärkere deutsche Intervention für das Menschenrecht auf Asyl zu praktizieren. Das Asylrecht könnte bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt werden und muss daher gerade jetzt geschützt werden. Es geht schlicht darum, dass fliehende, kranke und sterbende Menschen gerettet werden müssen und den Menschen eine Perspektive gegeben wird.

Manfred Kirsch, Neuwied

Diskussion: frblog.de/asylrecht

Druck auf Milchbauern

Zu: „Die Klima-Milchfarm“, FR-Wirtschaft vom 16. September

Grundsätzlich spricht nichts dagegen, wenn Forschung, Landwirtschaft, Nestlé und Molkerei (Hochland) sich gemeinsam einer zukunftssträchtigen Milcherzeugung zuwenden. Durchaus ist Methan und CO₂ durch die Kuhhaltung mit allen dazugehörigen Betätigungsfeldern eine nähere Untersuchung wert. Was mich allerdings stört, ist die Aussage von Mark Boersch, Chef von Nestlé Deutschland: „Wir werden Druck auf unsere Lieferanten machen“. Also auch auf die Milchbauern. Wenn nach einer entsprechenden Untersuchungszeit gewisse Erkenntnisse zur Diskussion stehen, aber nicht umgesetzt werden, ist eine Zusammenarbeit nicht mehr denkbar, so Boersch. Ergo wird dann Hochland den Druck auf seine 2600 Milchbauern weitergeben. Diese müssen investieren, umstellen und mehr Aufwand betreiben. Und wer bezahlt dann mehr für den Liter erzeugter Milch? Nicht Nestlé, die den Druck ausüben wollen.

Ludwig Stein, Maintal

Großzügig ausgewählt

Zu: „Schönwetterradeln ist keine Kunst“, FR-Magazin vom 26.9.

Sie sprechen von einem Kalorienverbrauch von 800 kcal/Stunde beim Radfahren. Das würde der Leistung eines Profiradfahrers entsprechen. Die Wahrheit sieht ungefähr so aus: Ein durchschnittlicher Citybiker kommt auf eine Durchschnittsleistung (je nach Gewicht) von maximal 130 Watt (die meisten weniger). Ausgehend davon kann man mit Unterstufenphysik ausrechnen: 130 W mal 3600 sec = 468.000 Joule = 468 kJ verrichtete (äußere) Arbeit. Das entspricht etwa 112 Kilokalorien. Da der Mensch einen Wirkungsgrad von rund 22 Prozent hat, sind das 112/0,22 = 509 Kilokalorien, die er verbrennen muss, um diese äußere Arbeit zu verrichten. Die Annahme einer Durchschnittsleistung von 130 W ist für einen radelnden Citybiker schon großzügig gewählt. Zum Vergleich: Ein Profiradfahrer leistet auf einer normalen Trainingseinheit etwa 200 Watt im Durchschnitt.

Das wären dann bei obiger Rechnung 783 kcal/Stunde.

Frank Püttbach, Solingen

Weg mit dem Vetorecht!

UNO: „Hilflos in New York“, FR-Meinung vom 21. September

Da sich im Kopf des Fisches das leicht verderbliche Hirn befindet, verdirbt der Kopf zuerst. Dort entwickelt sich der unangenehme Geruch. Diese alte Redensart kennzeichnet auch Organisation und Politik der Vereinten Nationen (UN). Ihre zentrale Aufgabe ist die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die Durchsetzung der Menschenrechte sowie der wirtschaftliche und soziale Fortschritt aller Völker. Dieser Anspruch ist ein Leitsatz, dessen Umsetzung durch innere Organisationsstrukturen und das Vetorecht blockiert wird. Das Diskussionsforum der Generalversammlung (193 Mitglieder) beschließt Resolutionen, die durch das Vetorecht im Sicherheitsrat blockiert werden können. Im Sicherheitsrat (zehn nicht ständige und fünf ständige Mitglieder, darunter die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs Großbritannien, Frankreich, Russland, China und USA) werden letztlich die Entscheidungen getroffen. Die stärksten Wirtschaftsnationen entscheiden sie nach Interessenlage über die Friedens-

und Sozialpolitik weltweit. Die Erfahrung zeigt, dass die UN deshalb keine kriegerischen Auseinandersetzungen verhindern. Im Ergebnis entscheiden nur wirtschaftliche und politische Machtinteressen der o.g. Staaten über Gegenwart und Zukunft des Weltgeschehens.

Inhalte und Strukturen der UN müssen sich mehr an den Bedürfnissen der Menschen und weniger der Mächtigen orientieren. Die Menschen wollen keine kriegerischen Auseinandersetzungen, keine Armut. Sie wollen nicht nur gehört werden, sondern auch mitentscheiden. Das erfordert nicht nur hehre Leitsätze, sondern auch reale Konsequenzen, z.B. eine Satzung, die alle Staaten zur Friedens- und Sozialpolitik verpflichtet. Kriegerische Aggressoren müssten sich vor einem Kriegsgericht der UN verantworten. Um die Veränderungen durchsetzen zu können, muss das Vetorecht aufgehoben werden. Die UN müssen auch entscheidenden Einfluss auf die Klimapolitik nehmen. Schlagt dem Fisch den Kopf ab und besetzt den unangenehmen Geruch! Eberhard Bacher, Frankfurt

FR ERLEBEN

Thomas Kaspar moderiert das Podium zum Thema „Psychosozialen Folgen der Klimakrise.“ Diskussion mit Katharina van Bronswijk (Psychologin und Psychotherapistin für Future, Autorin von „Klima im Kopf“) und Neurowissenschaftler Philipp Sterzer (Autor von „Die Illusion der Vernunft“). Im Rahmen von Open Books. Eintrittskarten über Open Books.

Freitag, 21. Oktober, 20 Uhr

Historisches Museum, Frankfurt